



FRAKTION DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI EUROPAS

Die Wirtschafts- und Währungsunion der Europäischen Union (WWU)

ist der Prozess, durch den die Wirtschafts- und Währungspolitik mehrerer Mitgliedstaaten der Europäischen Union angeglichen wurde, was zur Entstehung des Euro und in der Folge zur Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen ab dem 1. Januar 2002 in zwölf Mitgliedstaaten führte. Nach der Einführung des Euro übernahm die Europäische Zentralbank die Verantwortung für die Durchführung der europäischen Währungspolitik. Ihre Beschlussfassungsorgane verwalten jetzt das Europäische Zentralbanksystem, dessen Hauptaufgaben darin liegen, den im Umlauf befindlichen Geldbetrag, Fremdwährungsgeschäfte, die amtlichen Devisenreserven der Mitgliedstaaten und das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu verwalten. Der Euro ist jetzt ausschließliches Zahlungsmittel für über 300 Millionen Europäer.

Die WWU beinhaltet die engere Abstimmung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten, was eine Frage von gemeinsamem Interesse geworden ist. Es werden Grundzüge der Wirtschaftspolitik für die Mitgliedstaaten und die Union entworfen, die das wichtigste Mittel der Koordinierung der Wirtschaftspolitik der EU darstellen. Jedes Jahr werden den Mitgliedstaaten Empfehlungen unterbreitet, um die ordentliche Umsetzung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik sicherzustellen. Im Rahmen des „Stabilitäts- und Wachstumspakts“ müssen die Regierungen übermäßige öffentliche Defizite vermeiden. Mitgliedstaaten, die die Vorgaben dieses Paktes nicht erfüllen, können Mahnungen und Geldbußen erhalten.

Im Hinblick auf das Europäische Parlament

sollte die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU in Fragen der Abstimmung der Wirtschafts- und Währungspolitik (einschließlich der Steuerpolitik und der Strukturreformen) darauf abzielen, Preisstabilität, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zu erreichen. Mit der weiteren europäischen und internationalen wirtschaftlichen Integration und Währungsunion, insbesondere nach Einführung der gemeinsamen Währung, hat die Notwendigkeit einer engeren Abstimmung der Währungs- und Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zugenommen.

Auf der Tagung des Europäischen Rates von Lissabon (März 2000) legten die Staats- und Regierungschefs eine Strategie fest, um die konkreten Ziele und Fristen des sich gegenseitig stärkenden Reformprozesses in den Bereichen der Wirtschafts-, Umwelt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu verwirklichen. Die so genannte „Strategie von Lissabon“ sollte als eine Strategie zur Verbesserung des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells verstanden werden. Dies erfordert effektives Regieren in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik in der Europäischen Union und eine Verpflichtung zu den gemeinsamen Werten der Solidarität und nachhaltigen Entwicklung.

Die Fraktion der europäischen Sozialdemokraten (SPE-Fraktion) im Europäischen Parlament

fordert eine solide und koordinierte Währungs- und Finanzpolitik, um nicht nur die Zinsen auf einem niedrigen Niveau zu halten, sondern auch Anlagekapital verfügbar zu machen und Anreize für den Konsum zu schaffen. Neben seinen Vorteilen für die Wirtschaft ist der Euro jedoch auch der Ausdruck eines Willens zur Zusammenarbeit und Fortsetzung des politischen Integrationswegs sowie der Verbreitung der wirtschaftlichen Stabilität in ganz Europa. Die SPE-Fraktion ist in allen Phasen der WWU und des Euro aktiv gewesen,



wobei unsere Mitglieder einige der Schlüsselberichte des Parlaments erstellt und dafür sorgten, dass das Parlament eine klare Rolle bei der Überwachung der Währungspolitik der EZB hat.

Bei allgemeineren wirtschaftspolitischen Aspekten wächst die Sorge unter Mitte-Links-Politikern in Europa, dass die auf dem Gipfel von Lissabon gesteckten wachstums- und beschäftigungspolitischen Ziele nicht erreicht werden könnten. Deshalb unterstreichen wir, die Notwendigkeit, dass die EU wirklich „*der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt wird*“ und dass in drei wichtigen Bereichen vorzugehen ist:

- mehr Investitionen in menschliche Ressourcen, mehr Forschung und umweltfreundlichere Produktionsmethoden, um die Strategie von Lissabon neu auszurichten;
- die öffentlichen Finanzen müssen nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung im Rahmen der Haushaltsstabilität fördern;
- die Politik muss auf geeignete Weise koordiniert werden damit konkrete Maßnahmen umgesetzt werden können.

Wir sind der Überzeugung, dass bedeutende und nachhaltige wirtschaftliche Aktivität gefördert werden muss, um den Menschen überall in der EU tatsächliche und greifbare Vorteile und Chancen zu bieten und ihnen das dafür notwendige Rüstzeug an Bildung und Fertigkeiten zu geben. Die EU muss zur Schaffung guter Arbeitsplätze, Erhaltung hoher Sozialschutzniveaus und Gewährleistung einer sauberen und sicheren Umwelt anspornen. Wir sind überzeugt davon, dass unsere Vorschläge für politische Maßnahmen den Weg nach vorn zu einer „beschäftigungsreichen Strategie“ für Europa zeigen werden.

Konkrete Ergebnisse

Durch ihre politische Arbeit im Europäischen Parlament hat die SPE-Fraktion diese politischen Schwerpunkte in folgende **konkrete Ergebnisse** umgesetzt:

- enge Überwachung der erfolgreichen Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen, einschließlich einer proaktiven und transparenten EZB-Währungspolitik;
- Entwicklung der währungspolitischen Strategie der EZB nicht nur im Hinblick auf eine erfolgreiche Preisstabilität, sondern auch auf konkrete Strategien für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung;
- Förderung einer rationaleren und flexibleren Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, einschließlich der Anerkennung der Strukturreformen und der öffentlichen und privaten Investitionsinitiativen;
- Entwicklung einer Struktur eines internationalen Währungssystems, das auf eine stärkere Regulierung des Managements globaler Finanzdienstleistungen ausgerichtet ist;
- weitere Angleichung der EU-Wettbewerbspolitik, einschließlich der Stärkung der Rolle der Europäischen Kommission, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sowie eine größere Beteiligung der Gewerkschaften bei der Umstrukturierungs- und Fusionskontrollpolitik;
- Förderung öffentlicher und privater Investitionen durch öffentlich-private Partnerschaften in den Bereichen Bildung und Ausbildung, lebenslanges Lernen, Forschung, umweltfreundliche Produktion, Informations- und Spitzentechnologien, Telekommunikation, Energie- und Verkehrsnetze;
- Verringerung des illegalen „Steuerwettbewerbs“, der den Binnenmarkt verzerrt, und engere europaweite steuerpolitische Koordinierung;
- mehr Offenheit im wirtschaftspolitischen Koordinierungsprozess in Europa mit regelmäßiger und direkter Beteiligung des Europäischen Parlaments.



Kontakte



Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas,
Europäisches Parlament, rue Wiertz, B-1047 Brüssel.
Tel.: +32 2 284 21 11 (Brüssel) oder +33 3 88 17 4001 (Straßburg)

<http://www.socialistgroup.org>